

Zeitgewinn und höheres Niveau

Erfahrungen der Pädagogen über die Gemeinschaftsarbeit an Dissertationen

Die Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit an der Karl-Marx-Universität hat bereits zu beachtlichen Ergebnissen in der wissenschaftlichen Arbeit geführt. Erinnerung sei nur an die Forschungsgemeinschaft unter Leitung von Prof. Dr. Schulz zur Bekämpfung der Dasselarve, die Arbeitsgruppe von Nationalpreisträger Prof. Dr. Läsche auf dem Gebiet der Hochfrequenzspektroskopie und die Arbeitsgemeinschaft von Prof. Dr. Thalmann, die Fragen der sozialistischen Brigaden untersucht. Viele andere Beispiele ließen sich dafür noch anführen.

Aber noch relativ gering sind die Erfahrungen an unserer Universität über die möglichen Formen der Gemeinschaftsarbeit bei Promotionen und Habilitationen. Gewiß gibt es bereits Beispiele, daß die Arbeit des einzelnen in einer Arbeitsgemeinschaft sich mehr oder weniger weitgehend mit dem Thema seiner Dissertation deckt, aber meist ist es dann doch so, daß die Arbeit an der Dissertation unabhängig vom Kollektiv erfolgt.

Einem anderen Weg haben eine Reihe von Nachwuchswissenschaftlern des Instituts für Pädagogik unter Anleitung von Prof. Hugo Müller und auf Anregung der Parteileitung beschritten. Sieben Assistenten unter Leitung von Dr. Fischer, die dem Arbeitskreis I des Zentralen Pädagogischen Forschungszentrums in der DDR angehören, untersuchen in ihren Dissertationen Probleme der Erziehung der Schüler zur sozialistischen Arbeits- und Lernmoral in der Oberstufe. Jeder behandelt in seiner Dissertation eine bestimmte Seite dieses zentralen Problems.

Wir unterhielten uns darüber mit den Genossen Fuchs, Wiedemann und Israel. An ihren Themen möchten

wir dies auch veranschaulichen. Genosse Israel untersucht, wie der Mathematikunterricht zur Erziehung zur sozialistischen Arbeits- und Lernmoral beitragen kann. Genosse Fuchs hat die Zusammenarbeit von Klassenlehrer und Fachlehrer vom gleichen zentralen Gesichtspunkt aus zu analysieren und Genosse Wiedemann beschäftigt sich damit, wie das Elternhaus vom Klassenleiter in die Arbeit einbezogen werden muß, um maximale Ergebnisse zu erzielen. Andere Themen betreffen die Rolle der Pionierorganisation, den Russischunterricht usw.

Diese Themenstellung ergibt sich unmittelbar aus dem Forschungsschwerpunkt der Abteilung und ist zugleich ein aktuelles und dringliches Problem der Praxis. Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses und Lösung der Hauptaufgaben in der Forschung sind also nicht getrennt, sondern sind faktisch eins geworden.

Wie sieht jetzt die Gemeinschaftsarbeit konkret aus? Nach der gemeinsamen Festlegung der einzelnen Themen wurde die Konzeption gemeinschaftlich erarbeitet. Für die gesamte Arbeit war notwendig, sich auf ein Hauptuntersuchungsobjekt zu einigen. In diesem Falle auf eine Klasse der 10. Oberschule in Leipzig. Allerdings gibt es auch noch Neben- und Ergänzungsobjekte zu den einzelnen Themen im Bezirk.

Dadurch ist es auch möglich, das Material gemeinsam zu sammeln. Jeder ist für einen bestimmten, sich aus seiner Dissertation ergebenden Bereich verantwortlich und wertet das Material auch dementsprechend aus, aber er sammelt eben nicht nur das ihm unmittelbar angehende Material, sondern seine Beobachtungen werden durch das gesamte Kollektiv ausgewertet, mit denen der anderen

verglichen und überprüft. Das erhöht die Verantwortung des einzelnen und deckt zugleich etwaige falsche oder ungenügende Einschätzungen auf und führt zu einer höheren Qualität der Arbeit.

Doch darin erschöpft sich nicht die Gemeinschaftsarbeit. Zum Beispiel war es für den Fortgang der gesamten Arbeit in einem bestimmten Stadium notwendig, einen Überblick über das Elternhaus der Schüler zu bekommen. Einer hätte das in kurzer Zeit nicht schaffen können, aber alle gemeinsam konnten es. Ähnlich verhält es sich bei notwendigen Konsultationen in den verschiedenen Fächern, das ist gerade bei pädagogischen Untersuchungen von großer Bedeutung.

Noch liegt das Produkt dieser Form der Gemeinschaftsarbeit nicht vor, doch so viel läßt sich darüber sagen: Es wird keine „gemeinsame Dissertation“ geben, wo der Anteil des einzelnen nicht meßbar und nicht einzuschätzen ist, sondern jeder legt seine Dissertation zu den von ihm speziell untersuchten Problemen vor, die er verteidigt. Dabei wird es sich durchaus ergeben, daß der Termin unterschiedlich sein wird.

Im Dezember des vorigen Jahres begann die gemeinsame Arbeit, neue Kollegen sind in der Zwischenzeit hinzugekommen und noch weitere werden folgen. So wird der Großteil der Mitarbeiter der Abteilung in die Arbeit einbezogen. 1963 werden die ersten promoviert haben und die restlichen 1963. Der zeitliche Gewinn wirkt sich besonders bei den Kollegen aus, die später in die Arbeitsgemeinschaft kamen oder kommen, und auf dem vorhandenen Material aufbauen und die gewonnenen methodischen Erfahrungen ausnutzen können.

Natürlich — und darauf verwiesen die Genossen vom Institut für Pädagogik mehrmals — war dieser Weg nicht immer glatt. Monatlang dauerten die klärenden Diskussionen vorher, bis diese Form gefunden war. Mancher hatte sich bereits mit einem anderen Thema angefreundet oder nach einem anderen Untersuchungsobjekt Ausschau gehalten. Auch im Prozeß der Entwicklung blieben Auseinandersetzungen nicht aus, doch waren sie zugleich ein wertvoller Erziehungsfaktor.

Bedeutend günstiger sind auch die Bedingungen für die Betreuung der Doktoranden. Prof. Hugo Müller als Betreuer ist zugleich Leiter des Forschungszentrums. Die unmittelbare Anleitung erfolgt durch Dr. Fischer, der zum gleichen Problembereich seine Habilitationsschrift anfertigt.

Gewiß sind die Bedingungen an den Instituten verschieden, aber wir glauben, daß das Beispiel der Pädagogen zeigt, wie wir erfolgreich die Forschung nach Schwerpunkten vorantreiben und die Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses beschleunigen können.

W. S.

Kommuniqué

über die Sitzung des Akademischen Senats

Am 11. Oktober 1960 tagte der Akademische Senat der Karl-Marx-Universität.

In seinem Bericht wertete Professor Prof. Dr. Mosler die Denkschrift der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an die 15. Tagung der UNO-Vollversammlung zur Abrüstungsfrage als ein bedeutsames Dokument im Interesse der Erhaltung des Friedens.

Der Akademische Senat bekannte sich zur programmatischen Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrats der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, sowie zur Denkschrift der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik.

Die Angehörigen der Karl-Marx-Universität werden ihre Anstrengungen verstärken, um durch hohe Leistungen in der Forschung und bei der Heranbildung wissenschaftlicher Kader zum Sieg des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik beizutragen.

Der Akademische Senat nahm zu den Abrüstungsvorschlägen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik eine Erklärung an, in der alle Universitätsangehörigen aufgerufen werden, sich dafür einzusetzen, daß die in der Denkschrift der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik geforderten Maßnahmen der allgemeinen und totalen Abrüstung verwirklicht werden und mit beiden deutschen Staaten ein Friedensvertrag abgeschlossen wird. Zugleich wendet sich der

Akademische Senat in seiner Erklärung an alle verantwortungsbewußten Wissenschaftler in Westdeutschland, sich gemeinsam mit uns für den unverzüglichen Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten und für die friedliche Lösung der Westberlinerfrage im Sinne einer entmilitarisierten Freien Stadt einzusetzen.

In einem zweiten Tagesordnungspunkt nahm der Akademische Senat einen Bericht des Prorektors für Studienangelegenheiten über die Zwischen- und Abschlussprüfungen im Studienjahr 1959/60 sowie einen Bericht der FDJ-Hochschulgruppenleitung über den III. Leipziger Studentensommer entgegen. Der Akademische Senat stellte fest, daß die Studienleistungen im vergangenen Studienjahr weiter verbessert werden konnten. Das war durch den hervorragenden Einsatz der Lehrkräfte und durch die Entwicklung der sozialistischen Studentengruppen möglich.

Der Akademische Senat beschloß den „Tag der Universität“ am 3. November 1960 durchzuführen und wendet sich an alle Universitätsangehörigen, durch gründliche Vorbereitungen diesen Tag zu einem bedeutenden politischen und wissenschaftlichen Ereignis im Leben der Karl-Marx-Universität zu gestalten.

Schließlich wurde der Arbeitsplan des Akademischen Senats für das Herbstsemester 1960/61 beraten und bestätigt.

Zur Auswertung des 9. Plenums:

Juristen berieten mit Praktikern

Zur Auswertung des 9. Plenums des ZK der SED führte am 10. Oktober der Rat der Juristenfakultät eine Beratung aller Wissenschaftler unter Teilnahme von 22 Praktikern, vorwiegend aus den Vereinigungen volkseigener Betriebe und den Staatlichen Vertragsgerichten durch.

Das vom Genossen Dr. Bergner vorgetragene Referat „Der Kampf der Partei um die Durchsetzung einer strengen qualifizierten Leitung durch die Staatsorgane“ war das Ergebnis einer Gemeinschaftsarbeit, an der auch die Genossen Dr. Schönraht und Scholz beteiligt waren.

Es befaßte sich sehr ausführlich mit der prinzipiellen Bedeutung des Politbüro-Beschlusses dieses Jahres über die Erhöhung der führenden Rolle der Partei in den Organen der Staatsmacht. Besonders wurde dargelegt, wie die führende Rolle der Partei in den Räten sowie in den volkseigenen Betrieben durchzusetzen ist. Es wurde gezeigt, wie die Parteibeschlüsse alleseitig zu verwirklichen sind und wie insbesondere im täglichen Kampf die Einheit von Politik und Ökonomie zu verwirklichen ist. Ausführlich wurde die Stellung der Kommissionen der Parteikontrolle behandelt.

In der Diskussion wurden eine Reihe wichtiger Gedanken vertieft. So behandelte Genosse Baunack vom Institut für Marxismus-Leninismus die Rolle des Plannes Neue Technik bei der

Lösung der Aufgaben des Siebenjahresplanes. Genosse Dr. Görner von der Abteilung Wirtschaftsrecht befaßte sich eingehend mit dem Problem der Perspektivplanung im Bauwesen und unterbreitete den anwesenden Wissenschaftlern und Praktikern wertvolle Vorschläge, wie die sozialistische Gemeinschaftsarbeit beitragen kann, in der Perspektivplanung im Bauwesen einen wichtigen Schritt voranzukommen. Genosse Büttner von der VVB Stahlbau behandelte die Rolle der Parteiorganisation in den VVB und die Aufgaben der VVB bei der politischen-ideologischen Erziehungsarbeit der Werktätigen und der konkreten ökonomischen Anleitung der Betriebe. Genosse Prof. Such befaßte sich mit der Entwicklung der Gemeinschaftsarbeit in den Leitungen der VVB und unterbreitete Vorschläge, wie diese Arbeit weiter verbessert werden kann.

Genosse Dr. Krüger, der die Ergebnisse dieser Beratung zusammenfaßte, wies darauf hin, daß sie eine vollständige Einrichtung für die Auswertung der Parteibeschlüsse an unserer Fakultät werden soll, nachdem eine ähnliche Auswertung mit gutem Erfolg bereits für das 8. Plenum vorgenommen wurde. Die Beratung habe die Linie für die weiteren Forschungsarbeiten gewiesen und sie habe gleichzeitig den Instituten wichtige Hinweise gegeben, wie sie die Probleme des 9. Plenums und besonders der führenden Rolle der Partei besser als bisher in der Lehr- und Erziehungsarbeit auswerten können.

Siegfried Seidel

Jeder Wissenschaftler möge seine Stimme für den Frieden erheben

(Fortsetzung von S. 1)

hindert. Ausdruck dessen sind u. a. die Schwierigkeiten, die die Regierungen einiger NATO-Staaten auf Betreiben der westdeutschen Regierung der Einreise von Wissenschaftlern der Deutschen Demokratischen Republik in diese Länder und der Ausreise von Wissenschaftlern dieser Länder in die Deutsche Demokratische Republik zu bereiten versuchen.

Der Akademische Senat protestiert auf das schärfste gegen diese Beschränkungen und erklärt, daß die Verantwortung für die Einschränkungen

des wissenschaftlichen Austausches die genannten Regierungen tragen, insbesondere aber die Regierung in Bonn.

Entsprechend der gemeinsamen Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik vom 10. Oktober 1960 kommt es jetzt darauf an, durch gemeinsame Anstrengungen die Gefahr für den Frieden abzuwenden, die von dem westdeutschen Militarismus und Revanchismus ausgeht.

Mögen sich die westdeutschen Wissenschaftler gemeinsam mit uns für den unverzüglichen Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten und für die friedliche Lösung der Westberlinerfrage im Sinne einer entmilitarisierten Freien Stadt einsetzen.

Pressewerbung: Historiker verlassen sich auf andere

In der Werbung für das „Neue Deutschland“ und die „Universitätszeitung“ sind eine Reihe von Grundorganisationen gut vorangekommen. Nach der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät hat auch die Juristenfakultät das Soll für die UZ erfüllt. Beim ND schafften dies die Chemiker, die Physiker, die Juristen, die Pädagogen und die Psychologen.

Am 18. Oktober ergab sich folgender Stand in der Pressewerbung (die Platzierung in der Werbung für ND und UZ zusammengenommen):

1. Juristenfakultät,
2. Institut für Pädagogik,
3. Chemische Institute,
4. Biologen,
5. Wifa,
6. Philosophen,
7. FMI,
8. Journalisten,
9. Physiker,
10. Mathematiker.

Am Ende sieht es folgendermaßen aus:

Historiker, Verwaltung, Veterinärmedizin, Medizinische Fakultät,

Offensichtlich verläßt sich die Grundorganisation Historiker auf andere. Sie steht nur deshalb nicht ganz am Schluß, da die bei ihr immatrikulierten Lehrestudenten im sozialistischen Studentenlager als Abonnenten für die UZ geworben wurden. Sie haben noch immer keine 60% des UZ-Solls erreicht und sind in der ND-Werbung ganz hinten. Wir fragen, wie lange soll das so bleiben? Sollen andere für die Historiker werben?

Nach wie vor stehen die Mediziner am Schluß. Muß das so sein? Wir glauben nicht. Die FDJ- und Gewerkschaftsgruppen sollten sich aktiv in die Werbung einschalten und mit allen Freunden und Kollegen sprechen.

Universitätszeitung, 19. 10. 1960, S. 2

Offensiv und schlagkräftig argumentieren

Theoretische Konferenz der Zirkelleiter zur Eröffnung der Parteischulung 1960/61

„Kampf den Kriegstreibern! Für eine Welt ohne Waffen! Freiheit für alle Völker!“

Unter diesen, für unseren gegenwärtigen Kampf zentralen Losungen, fanden sich am Montag, dem 10. Oktober 1960, in der Fakultät für Journalistik über 100 Propagandisten der Partei an der Karl-Marx-Universität zusammen, um über die Grundfragen unserer Politik zu beraten und wichtige Erkenntnisse und Schlussfolgerungen für die gesamte Parteischulung im kommenden Studienjahr zu sammeln. Die Aufgabe dieser von der Universitäts-Parteileitung organisierten theoretischen Konferenz bestand vor allem darin, das Niveau der Parteischulung und besonders die Qualifizierung der Zirkelleiter zu heben, um eine größere parteiorganisatorische Wirkung der Parteischulung zu erreichen und die gesamte Parteilorganisation für die kommende, bedeutende Etappe des Kampfes um allgemeine und totale Abrüstung, um die endgültige Beseitigung des Kolonialismus und um die Bändigung des westdeutschen Militarismus zu rüsten.

Obwohl im Referat, das Genosse Dr. Großer vom Franz-Mehring-Institut hielt, noch zu wenig auf unseren Kampf in Deutschland eingegangen und nicht genügend Schlussfolgerungen aus dem Hauptinhalt unserer Epoche für Deutschland gezogen wurden, war das Referat im ganzen eine gute, theoretisch fundierte und anschauliche Grundlage für die propagandistische Arbeit in der Parteischulung und für die nachfolgende Diskussion.

Ausgehend von den Ergebnissen des XX. und XXI. Parteitages der

KPdsU, der Moskauer und Bukarester Beratung und der 15. UNO-Vollversammlung ging Genosse Dr. Großer besonders auf die Bedeutung des Hauptinhalts unserer Epoche ein und behandelte den Zusammenhang zwischen dem Kampf um die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz, der allgemeinen und totalen Abrüstung als erstrangige Aufgabe und der endgültigen Beseitigung des rüberischen Kolonialismus. Er gab einen Abriss über die Herausbildung und stürmische Entwicklung des sozialistischen Weltsystems, das gegenwärtig zum bestimmenden Faktor in der Welt geworden ist und ging dann auf das Kraftverhältnis und die Aufgaben in Deutschland ein.

In der nachfolgenden vierstündigen sehr regen Diskussion sprachen Genossen Zirkelleiter ausführlich zu einzelnen grundlegenden Fragen. Genosse Ludwig vom Institut für Philosophie behandelte die Gesetzmäßigkeit des Sieges des Sozialismus in der DDR, die sich nicht schlechthin aus der Lage in Deutschland im Jahre 1945 ergibt, sondern sich historisch herausbildet und gesetzmäßig durchsetzt.

Gleichzeitig wies Genosse Ludwig daraufhin, daß Gesetzmäßigkeit des Sieges des Sozialismus nicht spontaner oder automatischer Sieg bedeutet, sondern daß sich diese objektive Gesetzmäßigkeit nur im bewußten Handeln der Werktätigen unserer Republik durchsetzt, und daß unser Siebenjahresplan Ausdruck dieser Gesetzmäßigkeit ist.

Genosse Lahnert vom Institut für Politische Ökonomie begründete, warum die allgemeine und totale Abrüstung „die wichtigste Aufgabe aller

Völker und Regierungen in der Gegenwart“ ist, wie es in der Denkschrift unserer Regierung zur Abrüstung heißt. Es wurde auf der Grundlage der Ausführungen des Genossen Chruschtschow vor der UNO dargelegt, daß die Abrüstung entscheidende Bedeutung für die endgültige Sicherung des Friedens hat, daß die Abrüstung ferner für den Kampf der Kolonialvölker um ihre Unabhängigkeit große Bedeutung hat, daß sie die entscheidende Garantie für die Verwirklichung der friedlichen Koexistenz darstellt, daß die Abrüstung gewaltige Bedeutung für den gesellschaftlichen Fortschritt, für die Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen in den imperialistischen Ländern und für den Aufschwung aller kolonialen Länder und der ant imperialistischen Nationalstaaten hat.

Über den Neokolonialismus des imperialistischen Bonner Staates sprach Genosse Loth vom neugegründeten Afrikainstitut. Er ging davon aus, daß der Neokolonialismus durch den „kollektiven Kolonialismus“ charakterisiert wird, unter dessen Vorzeichen heute solche Mächte, wie die USA und Westdeutschland, die von sich behaupten, „kolonial unbelastet“ zu sein, in Afrika auf Kosten der Positionen der „traditionellen“ Kolonialmächte im Vormarsch sind.

Genosse Poerschke von der Fakultät für Journalistik wies prinzipiell und an anschaulichen Beispielen die Überlegenheit unseres sozialistischen Hochschulwesens gegenüber dem der Militarisation und dem Revanchismus untergeordneten Hochschulwesen in Westdeutschland nach.

Die Genossin Schleiher vom Franz-Mehring-Institut entwickelte interessante Gedanken über die Einwirkung des Sozialismus in der DDR auf den Kampf der Werktätigen in Westdeutschland. Über die verschiedenen demokratischen Bewegungen in Westdeutschland und die Notwendigkeit der Aktionseinheit sprach Genosse Richter vom gleichen Institut.

Genosse Jammner von der Fakultät für Journalistik erläuterte die antinationale, volkseindliche Konzeption der Adenauer-Clique.

Am Ende der Beratung hielt Genosse Höpcke, Stellvertreter des Ersten Sekretärs der Universitäts-Parteileitung, ein ausführliches Schlußwort, dessen Grundgedanken bereits in der letzten Nummer der UZ nachzulesen waren.

Was war das Ergebnis der Konferenz? Es war ein großer Erfolg in der offensiven Behandlung der politischen Grundfragen und ein guter Auftakt für die Parteischulung 1960/61. Gleichzeitig zeigten sich jedoch bestimmte Mängel oder besser, bestimmte Schlussfolgerungen für unsere weitere Arbeit: Vor allem müssen wir in der Propagandarbeit, speziell auch im Partellehrjahr, uns mehr mit aufgetretenen Argumenten und falschen Auffassungen auseinandersetzen, ferner offensiv und schlagkräftig argumentieren, d. h., genau die Fakten kennen, gründlich die Presse studieren usw.

Weiterhin müssen wir theoretisch nach tiefergründiger herangehen und uns die Theorie des Marxismus-Leninismus noch besser aneignen und vor allem ständig von den Beschlüssen der Partei ausgehen und sie zur Grundlage unserer Arbeit machen. (Das alles sollten sich auch die Genossen Zirkelleiter der ABF überlegen, die, wenn man aus ihrem Verhalten auf der Konferenz schließen kann, offensichtlich glauben, daß bei ihnen alle Grundfragen klar sind.)

Helmut Klaminski